

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (V.V.N.)



VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES (V.V.N.)
LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Tactel

(20a) HANNOVER

Bismarckstraße 79
Fernruf: 83351
Telegramm-Adr.: „Naziverfolgte-Hannover“
Postscheckkonto Hannover 7510

Ihr Zeichen Ihre Nachricht vom Unser Zeichen den 27. 12. 1947.

Betrifft Veröffentlicht unter vorläufiger Genehmigung Nr.229 (CCG)8061/189 PR/ISC.

Entnazifizierung und VVN

Der Landesverband Niedersachsen der VVN richtete an den Herrn Minister für die Entnazifizierung in Hannover nachstehendes Schreiben:

An den
Herrn Minister für Entnazifizierung
im Lande Niedersachsen
Hannover
Aegidientorplatz 4.
Betr. Entnazifizierung

19.12.1947.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes umfasst die ehem. pol. Gefangenen des Naziregimes, sowie auch die aus weltanschaulichen und religiösen und rassischen Gründen durch das Naziregime Verfolgten. Sie vertritt damit den Personenkreis derjenigen positiven Nazigegner, die in erster Linie geeignet sind, aktiv an den Entnazifizierung unseres öffentlichen Lebens mitzuarbeiten. Die Frage der offiziellen und direkten Heranziehung der VVN zur Lösung dieser Aufgabe ist bisher nicht überall im positiven Sinne beantwortet worden.

Wir bitten deshalb um Mitteilung

- a) ob seitens der verantwortlichen Instanzen des Landes Niedersachsen im Zusammenhang mit dem zu beschliessenden Gesetz eine Heranziehung der VVN vorgeschlagen werden soll und beabsichtigt ist.
- b) welche Auffassung seitens Ihrer Behörde in dieser Frage besteht.

Wir bitten um baldige Erledigung dieser Anfrage.

Der Landesvorstand
i.A. gez. Hohenstein.

Staatskommissariat für die Verfolgten des Naziregimes in Niedersachsen?

Im Zusammenhang mit den schwebenden Erörterungen über die Bestimmung eines Staatskommissar nach den Vorbildern Bayerns und Hessens weist der Landesvorstand Niedersachsen der VVN auf nachstehenden Beitrag ihres Kameraden Wolfgang Müller im "Anderen Deutschland" Nr. 20 vom 13.12.1947 hin.

5 MONATE OHNE RENTE !!

Ruinendeutschland wird vom Ausland nur geholfen, wenn es nachweist, dass es mit dem Nationalsozialismus gebrochen hat. Man sehe auf die Taten! Ein Gradmesser ist, wie unser Volk das Unrecht an den politisch, religiös und rassisch Verfolgten wieder gutmacht. Leider müssen wir feststellen, dass besonders die Hinterbliebenen der Märtyrer im Kampf gegen Hitler bittere Not leiden. Die wertvollen Hilfsorganisationen, Ausschüsse, VVN, Hilfswerk 20. Juli setzen sich nicht durch. Die Bürokratie versagt. Das ist der Kernpunkt. Dafür ein Beispiel unter vielen.

Der treibende Motor im Befreiungskampf gegen Hitler im Heer war General Henning von Treskow: Der Anreger der Attentatsversuche, Das Schrifttum über den 20. Juli 1944 stellt ihm mit Recht in den Mittelpunkt. Am 21. Juli 1944 starb er den Freitod für ein Deutschland der Menschlichkeit und des Friedens. Man sollte meinen, dass den Hinterbliebenen ihr Recht wird. Die Witwe kämpfte ein Jahr um eine kleine Rente für sich und ihre Kinder. Erst die Militärregierung musste eingreifen. Ab 1. April 1947 zahlte die Versicherungsanstalt Oldenburg, aber Anfang Juli 1947 stellt sie die Zahlungen wieder ein. Seit dieser Zeit mahnt Frau von Treskow ihre Rente an. Sie wohnt in einer Braunschweiger Enklave bei Bremen. Sie wird daher nach Braunschweig verwiesen. Dort erfährt ein Mitkämpfer ihres Mannes bei dem zuständigen Beamten, man habe den Fall nach Hannover überwiesen. Man sei sich nicht klar gewesen, nach welchen Direktiven Oldenburg gezahlt habe. (Oldenburg und Braunschweig gehören zum Land Niedersachsen). Der Leiter des "Hilfswerks 20. Juli" versucht vergeblich beim Niedersächsischen Ministerium für Aufbau, Arbeit und Gesundheit etwas durchzusetzen. Dort ruht der Fall. Der Braunschweiger Beamte meinte: "Das läuft so seine Zeit". - Das stimmt. Seit 5 Monaten sind die Hinterbliebenen eines aktiven Teilnehmers der Widerstandsbewegung ohne Geld. Nicht einmal einer Antwort würdigt man sie. Ein typischer Fall. Weshalb geht es in Bayern besser? Weil dort die Opfer des Naziregimes eine Vertretung im Staatsministerium haben. Der Fall der Frau von Treskow beweist nur, wie berechtigt die Forderung des politisch Verfolgten ist, dass ihre Wiedergutmachungsforderungen in allen Länderkabinetten durch besondere Kommissare vertreten werden.

VVN' PROTEST - gegen das BARON von SCHROEDER - URTEIL.

Minden (VVN). Die VVN des Kreises Minden erhebt feierlichst Protest gegen das am 11. November 1947 in Bielefeld gefällte Spruchkammer-Urteil gegen den Kölner Bankier Freiherr von Schröder.

Es ist den Hitler-Opfern gänzlich unverständlich, dass ein namhafter Hitler-Förderer dessen verhängnisvolle Tätigkeit dem In- und Ausland geläufig ist, mit drei Monaten Gefängnis und 1 500,- RM Geldstrafe davonkommt. Derartige Urteile, zerstören jegliches Vertrauen zur deutschen Justiz, befördern die Aktivität des Neo-Faschismus und verstärken die Meinung des Volkes, dass alle Naziaktivisten bei den deutschen Gerichten Unterstützung statt Ahndung finden.

Die VVN Minden fordert Aufhebung des Urteils und sofortige Ablösung des für dieses Urteil verantwortlichen Richterkollegiums.

GEGEN DEN ANTISEMITISMUS.

Düsseldorf (VVN) Mit ernstesten Worten wendet sich die in Bingen stattgefundene Landeskongferenz der VVN von Rheinland-Pfalz gegen den sich immer mehr ausbreitenden Antisemitismus, der in 40 Fällen zu barbarischen Friedhofsschändungen führte, den das Deutsche Volk widerspruchslos hinnimmt und der vom Ausland als eine Fortsetzung des Rassenkampfes angesehen wird dem mehr als 6 Millionen Juden zum Opfer gefallen sind.

"Auch ein Urteil!"

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes des Stadtkreises Oldenburg erhebt hiermit schärfsten Protest gegen das von der Spruchkammer Stade verkündete Urteil im Falle des ehemaligen Ortsgruppenleiters R i c h t e r.

Nicht nur den Verfolgten des Naziregimes sondern der gesamten Bevölkerung Oldenburgs ist es unverständlich wie so ein bekannter Naziaktivist, der zu allen Schandtaten bereit war und sie auch durchgeführt hat, (siehe Synagogenbrand) solch außerordentlich milde beurteilt werden konnte. Es wird speziell von den ehemaligen politischen Häftlingen, die durch R i c h t e r ins KZ gebracht worden sind, als Brüskierung bezeichnet, dass man R i c h t e r den Aufenthalt im Internierungslager voll auf die so milde Strafe angerechnet hat.

Die ehemaligen politischen Häftlinge dürften nicht nach Rache, sie erwarten aber, dass die Schandtaten der Naziaktivisten ihre gerechte Sühne findet. Die Urteile dürfen nicht, wie in diesem Fall, aller Erwartung auf Gerechtigkeit Hohn sprechen.

VVN.- Stadt Oldenburg.

R i c h t e r wurde zu 2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 1 3/4 Jahr Internierungslager verurteilt.

Wohnungsschutzgesetz für die Verfolgten.

Düsseldorf (VVN). Die bevorstehende Verabschiedung eines Hess. Gesetzes zum Schutze derjenigen aus den Kreisen der politisch, rassistisch und religiös Verfolgten, die von Amtswegen in eine Nazi-Wohnung eingewiesen worden sind, gab der VVN Hessen Veranlassung, zu betonen, dass sie es als selbstverständlich ansieht, dass politisch, rassistisch und religiös Verfolgte im Besitz ihrer Wohnungen bleiben. Entlassene Internierte oder Mitläufer seien grundsätzlich an das Wohnungsamt zu verweisen.

Zuteilung von Wohnraum an politisch Verfolgte.

Düsseldorf (VVN). Um Zweifel auszuschließen, wird darauf hingewiesen, dass das Kontrollratsgesetz Nr. 18 vom 8. März 1946 ausdrücklich bestimmt, dass bei Zuteilung von freiem Wohnraum die deutschen Behörden in erster Linie Personen zu berücksichtigen haben, die dem Nazitum Widerstand leisteten oder aber durch Nazi-Maßnahmen benachteiligt worden sind. Zugleich bestimmt eine Anweisung der britischen Militärregierung, vom gleichen Tage, dass die deutschen Behörden bei Ausführung von Anweisungen der Militärregierung, alliierten Behörden, Flüchtlingen oder verschleppten Personen Unterkunft oder Kleidung zu beschaffen, alle durch Nazi-Maßnahmen betroffenen Personen bevorzugt zu behandeln sind.

Landesdelegierten Konferenz der VVN - Niedersachsen.

Am 14. Februar 1948 findet in Hannover die Landesdelegierten Konferenz der VVN - Land Niedersachsen statt. 200 Delegierte aus dem Lande Niedersachsen werden den Rechenschaftsbericht des bisherigen Vorstandes entgegen nehmen und die Neuwahl des Landesvorstandes durchführen.

Prolonged War Advised

Nazi Surrender, It Is Held, Should Not Be Accepted Hastily

The writer of the following letter is a business man who has given much time to the study of the course of current events.

TO THE EDITOR OF THE NEW YORK TIMES:

We should not favor the immediate unconditional surrender of Germany. We should not strive hard for early victory. We are fighting over a cause. The war should be continued until that cause has been removed. The cause as far as our participation is concerned is to teach the Nazis the futility of the use of force for aggression and tyranny.

Few of us credit the German claim that their sole wish is to create the better individual, the better family, country, world. None of us subscribes to their conviction that this can be done only by barefaced administration of physical force. When their "corrective" or "protective" force is resisted they turn into sullen world enemies. They regard their own use of force as life's highest virtue. Retaliation in kind by others they regard as confirmation of their charge of hypocrisy.

Punishment Held Beneficial

Many a youth of German extraction, far beyond the age when corporal punishment is customary, will confess to a dislike of his father because of his too-ready indulgence in physical chastisement. But he will hasten to add that he believes the father's method had a salutary effect on his character development. He credits force with the virtue of its results on himself.

The corrective power of force, then, is something understood and appreciated by the Germans. The old German proverb, "He who will not hear must feel," epitomizes their whole philosophy in this sphere of action. They hold in contempt our softer philosophy. Therefore the wise application of greater force points the way to the best lesson of the futility of force.

If we are to achieve the purpose for which we entered the war, it would be the greatest tactical error to accept unconditional surrender when they deem it advisable to give in. We can never know for a certainty if they are accepting defeat or simply bending to the storm. They must not be allowed to capitulate until we have unmistakable evidence that the force we are applying is sinking permanently into the mentality of their people. Our entry into Berlin, the prospect of a council or league or an educational movement in line with our own psychological reactions, will have no lasting effect on those still motivated by an unshakable, ingrained belief in hard and sudden force.

Endless Bombing Advised

Our plan should be to prosecute the war on Germany for another three to five years at least. They must see no relief from combat ahead by the trick of surrender. We should drive them into the confines of their own borders. We should hold them there in a ring of steel while we pound them from the skies endlessly day and night, giving them no rest or hope of surcease. That they will comprehend this method of punishment is fully evidenced by their theory of the effectiveness of robot bombing. We should not throw our troops against their strong fortresses to give the Nazis the satisfaction of

philosophy. Therefore the wise application of greater force points the way to the best lesson of the futility of force.

If we are to achieve the purpose for which we entered the war, it would be the greatest tactical error to accept unconditional surrender when they deem it advisable to give in. We can never know for a certainty if they are accepting defeat or simply bending to the storm. They must not be allowed to capitulate until we have unmistakable evidence that the force we are applying is sinking permanently into the mentality of their people. Our entry into Berlin, the prospect of a council or league or an educational movement in line with our own psychological reactions, will have no lasting effect on those still motivated by an unshakable, ingrained belief in hard and sudden force.

Endless Bombing Advised

Our plan should be to prosecute the war on Germany for another three to five years at least. They must see no relief from combat ahead by the trick of surrender. We should drive them into the confines of their own borders. We should hold them there in a ring of steel while we pound them from the skies endlessly day and night, giving them no rest or hope of surcease. That they will comprehend this method of punishment is fully evidenced by their theory of the effectiveness of robot bombing. We should not throw our troops against their strong fortresses to give the Nazis the satisfaction of selling their lives dearly.

It being our purpose to teach the iniquity of the use of force for power and pelf to the German people the devastation from the skies must be candidly and frankly hurled down on the heads of the whole population. The fiction that our bombing is confined only to military installations serves only to blur the lesson.

This drastic measure is not suggested from a spirit of cruelty or revenge but on the fair political ground that a whole nation, as highly civilized as Germany is purported to be, must be responsible for conditions within its borders, and must itself maintain order and peaceful conduct among its people. It must be held accountable and punishable for the acts of any vicious element which disturbs the peace within or beyond its borders. The German people, having challenged and taken up arms against the whole world, cannot find refuge in the assertion that Hitler and his now comparatively few SS troopers cowed them into complicity in their crimes.

Their Own Terms

If during the siege, continued for a stretch of time in the discretion of the Allies, the besieged should cry "enough," no cessation should take place in the pommeling until the German people have first presented a complete plan of how they intend in future to preserve the peace and prevent aggression. Never again should they be given the chance to accuse us falsely of unfairness, deception or oppression in the peace terms. This peace must be made on their terms—when the terms they proffer are satisfactory to the Allies—and not the other way round.

A prolonged victorious war will help us by facilitating orderly conversion of our industries—the specter that now alarms us. A sudden stoppage of war production can make the peace more dangerous for us than for the Nazis.

Hitler, for the German people, threatened the world with a ten-year war if necessary. Their psychology recognizes the deterrent effect of such a prospect. We can impress our lesson best by giving them what they think is effective.

To grow impatient, to dwell on our losses, to get war-weary, to get sentimental, is to play the game as Hitler wants it played.

ALBERT A. VOLK,
New York, Aug. 24, 1944.

DONELOD - UNION

- 1 = Sudeto-Schlesien
- 2 = Tschechei
- 3 = Slowakei
- 4 = Österreich

